

■ Wie geht es weiter?

Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Zum dritten Mal lud die *Kulturpolitische Gesellschaft* am 4./5. Mai ihre Mitglieder und kulturpolitische interessierte Menschen nach Münster in die Katholische Akademie *Franz Hitze Haus* ein, um über die Perspektiven der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik zu diskutieren. Der Beginn einer guten Tradition. Die Frage der Tagung »Wie geht es weiter?« war mehr als berechtigt. Nach dem starken kulturpolitischen Auftakt der Landesregierung in den ersten vier Jahren (Verdoppelung des Kulturetats, Kulturelle Bildung als Schwerpunkte) sorgt die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise für Irritationen und Ängste. Kommen nach den »fetten« Jahren nun die »mageren« Jahre, um in der Diktion des christlichen Hauses zu formulieren? Geht es der Kultur als freiwillige Aufgabe jetzt an den Kragen? Brauchen wir einen Schutzschirm für die Kultur? Was wird aus den inhaltlichen Neuansätzen, wenn gespart werden muss? Das Interesse an diesen Fragen war groß, das Haus entsprechend voll.

Ein Schutzschirm für die Kultur?

Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff zitierte in seiner Einführungsrede aus einem katholischen Marienlied:

»Maria, breit den Mantel aus,
mach Schirm und Schild für uns daraus;
lass uns darunter sicher steh'n,
bis alle Stürm vorüber geh'n.
Patronin voller Güte,
uns allezeit behüte.«

So viel Frömmigkeit habe er gar nicht von der *Kulturpolitischen Gesellschaft* erwartet, scherzte er, um dann jedoch den Ernst der Lage anzusprechen: Nein, eine »Schutzhaube« könne es gegenwärtig für die Kultur nicht geben. Das Land sei ebenso verschuldet wie viele Gemeinden und müsse Maß halten. Im Übrigen sei ein solches Privileg für die Kultur gesamtpolitisch auch nicht vermittelbar, sondern eher kontraproduktiv. Ungeachtet dessen werde die versprochene Verdoppelung des Kulturhaushalts im nächsten Jahr jedoch erreicht. Auch mit Blick auf die Frage der gesetzlichen Absicherung der Kultur äußerte sich der Staatssekretär zurückhaltend. Er sei froh, dass es im Kulturbereich keine zu starken gesetzlichen Normierungen gebe. Vorstellen könne er sich entsprechende Regelungen mittel- bis langfristig allenfalls im Bereich der Kulturellen Bildung, worüber auch der *Deutsche Städtetag* nachdenke.

Vorerst wird die rechtliche Position der »freiwilligen Pflichtaufgabe« Kultur also wohl schwach bleiben. Darauf wies auch der Präsident der *Bezirksregierung Düsseldorf* Jürgen Büssow hin und appellierte an die Kulturpolitiker, möglichst mit Vertretern aus allen Politikbereichen zu sprechen, um zu verhindern, dass die Kultur einen überproportionalen Sparbeitrag leisten muss. Die Kommunalaufsicht sei nun einmal gesetzlich verpflichtet, bei Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung (HSK) befinden, zwischen freiwilligen und pflichtigen Ausgaben zu unterscheiden. An die Adresse des Landes richtete er die Empfehlung, die HSK-Kom-

Der Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Prof. Dr. Oliver Scheytt, konnte diesen Vorschlägen nur zustimmen. Überhaupt konstatierte er eine weitgehende Übereinstimmung auf dem Podium. Trotz aller finanziellen Sachzwänge gelte immer noch der Satz: »Wo ein politischer Wille ist, da ist nicht nur Gestrüpp, sondern auch ein Weg dadurch möglich.« Das Einsparpotenzial der Kommunen, so Oliver Scheytt weiter, sei sicher noch nicht ausgeschöpft, dennoch gelte es gerade für die Kultur, jenseits der gesetzlichen Einschränkungen neue Spielräume und Handlungsmöglichkeiten zu erschließen. Ob in diesem Zusammenhang eine



v.l.n.r.: Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (Direktor der Akademie Franz Hitze Haus), Dr. Christiane Zangs, Beigeordnete für Schule, Bildung und Kultur der Stadt Neuss, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatssekretär für Kultur des Landes NRW, Düsseldorf), Prof. Dr. Oliver Scheytt (Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.) und Jürgen Büssow (Regierungspräsident der Bezirksregierung Düsseldorf)

munen bei Vorhaben, die eine Kofinanzierung voraussetzen (z.B. RUHR.2010-Projekte) von den Eigenbeträgen freizustellen, damit die Vorhaben in diesen Kommunen überhaupt realisiert werden können. Die Kulturpolitischen Sprecher der CDU (Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg) und von Bündnis 90/Die Grünen (Oliver Keymis) brachten zur besseren finanziellen Absicherung der kommunalen Kulturausgaben das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) ins Spiel. Man könne doch über die Möglichkeit nachdenken, einen Teil der Mittel für kulturelle Zwecke festzulegen. Immerhin eine Perspektive, über die es sich nachzudenken lohnt.

gesetzliche Regelung hilfreich sei, müsse geprüft werden. Vordringliche Aufgaben seien vor allem der Schutz der Freien Szene, die nicht selten das erste Opfer von Sparmaßnahmen werde, neue Allianzen zwischen der Kultur und weiteren Politikfeldern, um das bestehende Angebot zu sichern und neue Entwicklungen zu ermöglichen, und schließlich ein Konjunkturprogramm für die Kulturwirtschaft, um der Krise wirkungsvoll zu begegnen.

Weiter in Kultur investieren

In seiner zweiten Rede zog der Kulturstaatssekretär eine Bilanz des bisher Erreichten



v.l.n.r.: *Claudia Scheler*, MdL (Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW, Düsseldorf), *Dr. Barbara Rüschoff-Thale* (Kulturdezernentin des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster) und *Sigrun Krauß* (Sprecherin der KulturamtsleiterInnenkonferenz NRW, Unna)

und verwies dabei insbesondere auf die Programme zur Förderung der kulturellen Bildung, zur Substanzerhaltung und zur kulturellen Profilierung des Landes. Er betonte, dass das Land diese Schwerpunkte weiter ausbauen wolle. So sei mit Blick auf das erfolgreiche Programm »Jedem Kind ein Instrument« im Ruhrgebiet nach wie vor geplant, dieses nach 2010 allmählich auf das ganze Land auszudehnen. Ungefähr 40 Mio. Euro jährlich würden dafür voraussichtlich benötigt. Die Notwendigkeit neuer Initiativen sieht der Staatssekretär auch in Aufgabenbereichen, die bedingt durch die demografische Entwicklung auf den Plan treten. So müsse sich die Kulturpolitik auch auf die Altersentwicklung in der Gesellschaft sowie auf die interkulturelle Situation in den Großstädten besser einstellen. Wenn in Städten wie Essen bald über 50 Prozent der unter 25-jährigen Menschen einen Migrationshintergrund hätten und gleichzeitig bekannt sei, dass nur 2 Prozent des Kulturpublikums in öffentlichen Einrichtungen Migranten seien, dann könne Kulturpolitik darüber nicht zur Tagesordnung übergehen.

Der Dortmunder Kulturdezernent Jörg Stüdemann konnte in seinem Vortrag an diese Überlegungen unmittelbar anknüpfen. Er sah die Zukunfts- und Schwerpunktfelder der Kulturpolitik in der kulturellen Bildung, in der interkulturellen Arbeit und in der Existenzsicherung der Kultureinrichtungen. Im Sinne einer interkulturell orientierten Kulturpolitik forderte er die Etablierung eines Leitfesti-



Jörg Stüdemann
(Stadtrat und Beigeordneter für Kultur, Sport, Freizeit der Stadt Dortmund)

ein »Struktursicherungskonzept« vor, in dem sich die Hauptträger der Kultureinrichtungen, die Kommunen und das Land auf ein Verfahren und Finanzierungsmodell verständigen. Er verwies auf das Potenzial der Kulturwirtschaft in NRW und empfahl der Kulturpolitik auf dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation eine größere Sensibilität gegenüber den Problemen im sozialen Sektor. Schließlich mahnte er eine kritische Diskussion der Frage an, wie in Zukunft mit denkmalgeschützten Gebäuden der Industriekultur kulturpolitisch umzugehen sei.

In der anschließenden Diskussion fanden diese Vorschläge breite Zustimmung. Die Kulturpolitische Sprecherin der SPD im Landtag, Claudia Scheler, verwahrte sich allerdings gegen eine »Staatsdebatte« in der Kultur, wie sie Kulturstatssekretär Grosse-Brockhoff angedeutet habe. Kulturpolitik in NRW sei vor allem eine kommunale Aufgabe, die entsprechend gesichert werden müsse. Landeseigene Kultureinrichtungen (Kunstsammlung, Staatsarchiv und Landestheater Düsseldorf) seien dagegen ohnehin besser abgesichert.

Schließlich hatte in der Reihe der Redner der Leiter der Kulturabteilung in der Staatskanzlei, Peter Landmann, das Wort. Sein Thema: die Internationale Kulturpolitik, die das Land intensivieren wolle, um Künstler und Kulturinstitutionen zu fördern, die internationale Kulturkooperation weiterzuentwickeln und Marketing für das Kulturland Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Er verwies dabei auf das große Frankreich-Projekt

vals (wie etwa das MELEZ – Festival der Kulturen«), die Planung von Leitinstitutionen (z.B. ein Migrationsmuseum oder eine Einrichtung ähnlich dem Berliner *Haus der Kulturen der Welt*) und ein »Ethnomarketing«, also die direkte und gezielte Ansprache der verschiedenen ethnischen Gruppen. Zur Zukunftssicherung der Kultureinrichtungen schlug er

ARTENTION im vergangenen Jahr, mit dem ein neues Format ausprobiert worden sei, und stellte das NRW KULTURsekretariat in Wuppertal als neuen Partner bei der operativen Umsetzung der Ideen vor. Noch in diesem Jahr soll eine Expertentagung stattfinden, um neue Formen des Kulturaustauschs und der internationalen Kulturkooperation zu diskutieren. Dass diese internationale Ausrichtung der Landeskulturpolitik auf einen fraktionsübergreifenden Konsens stößt, wurde in der Aussprache deutlich. Angela Freimuth, Kulturpolitische Sprecherin des FDP im Landtag betonte gleichsam stellvertretend für das Podium die Herausforderung, »eine gemeinsame Marke Kultur in NRW auszubilden«, wobei allerdings die KünstlerInnen intensiv eingebunden werden sollten.

Wie geht es weiter?

Die Tagung zur »Zukunft der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen« hat die Schwierigkeiten des Landes in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ungeschönt zur Spra-



Blick ins Plenum – Fotos: *Franz Kröger*

che gebracht. Viele Kommunen stehen vor dem finanziellen Aus, das Land ist selbst hoch verschuldet und kann keinen Schutzschirm für Kultureinrichtungen anbieten. Dennoch war die Stimmung keineswegs resignativ. Es wurden Herausforderungen benannt, Pläne skizziert und auch wunde Punkte angesprochen. In der Frage der gesetzlichen Absicherung der Kultur – wenn auch nicht durch Spezialgesetze – gab es erstmalig einen gefühlten Konsens zwischen Vertretern des Landes und der Kommunen sowie den Kulturpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen. Darauf lässt sich aufbauen. Alles in allem war die Diskussion – dies bestätigten viele Teilnehmer – konstruktiv. Angesichts der gegenwärtigen prekären Lage ist dies viel.

Norbert Sievers